Nr. 291 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 28. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Litauische Sorgen und Hoffnungen

Französisch-polnische Verbrüderung. — Keine Sozialisierungsexperimente

Von einem in Kowno ansässigen Deutschen wird uns geschrieben:

Obwohl sich Litauen — Regierung wie Volk — in dem Kriege zwischen Sowjetrußland und seinen Gegnern im Osten, Südosten und Westen, der ja trotz des Friedens von Riga tatsächlich weitergeht, objektiv ganz neutral verhält, muß man doch sagen, daß die Niederlage und die Vernichtung Wrangels eine gewisse subjektive Befriedigung hervorgerufen hat. Litauen, durch den polnischen Druck, durch Zeligowski, durch die Wegnahme Wilnas schwer bedroht und geschädigt, fühlt als erster Staat die Entlastung, welche der Zusammenbruch der Wrangelfront notwendig bringen muß. Ohne daß Litauen mit den Bolschewisten oder mit bolschewistischen Ideen sympathisiert, ist man hier in allen maßgebenden Kreisen der Meinung, daß es vor der Hand für die junge Republik wichtiger ist, daß die Polen geduckt werden und sei es auch durch ein stärkeres Sowjetrußland, als daß dieses in Bälde zusammenkracht. Man glaubt, daß es mit Rußland eine Verständigung geben kann, mit Polen niemals.

Die Polen tun aber auch alles, um die Abneigung der litauischen Bevölkerung gegen sie zu vergrößern. Fast täglich suchen polnische Flieger die wehrlose Stadt Kowno heim und werfen Bomben ab. Litauen hat anscheinend keine bewaffneten Flugzeuge; sonst hätte man wohl diese ungebetenen Gäste, welche die Bevölkerung in ständiger Unruhe halten, schon gewaltsam verjagt. Ganz besonders wäre es aber Aufgabe der in Kowno stationierten französischen Offiziere, der Busenfreunde der Polen, die ungehindert durch die Front zu Zeligowski fahren, diesem verbrecherischen Unfug ein Ende zu machen. Die Verbrüderung der Polen und der Franzosen ist im übrigen ganz offenkundig. Täglich kann man die französischen Offiziere im Hotel Versal mit den polnischen Gutsbesitzern zusammensitzen sehen — nicht unbedingt trocken —, wie sie Geschäfte und Politik friedlich miteinander abwickeln, ihre Briefe austauschen und sich als zwei „verbündete" Nationen gebärden.

Den übrigen Mitgliedern der interalliierten Kommissionen sind die edlen Polen anscheinend nicht so sympathisch. Amerikaner, Engländer und Italiener halten sich zurück. Man kann sie sogar bisweilen, vielleicht aus Protest, im selben Hotel mit litauischen Offizieren zusammen sehen. Der Zwiespalt zwischen den Entente-Genossen ging sogar schon einmal so weit, daß, als der Leiter der englischen Kommission unlängst abreiste, Vertreter aller Mächte am Bahnhof erschienen waren, nur die Franzosen hielten sich fern.

Der Einfluß der Polen in Litauen, gestützt durch die Franzosen, hindert das Land an der vollen Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte, die sich überall zu regen beginnen. Namentlich ist es eine Anzahl aus Amerika rückgekehrter litauischer Auswanderer, welche, kapitalkräftig, durch die Valuta sehr begünstigt, Handelskompanien gebildet und einige Industrien (Oel — Torf — Holz) ins Leben gerufen haben. Auch neue Bahnverbindungen werden geschaffen, so daß, wenn jetzt oder nächstes Frühjahr — wie hier allgemein geglaubt wird — die Bolschewisten wieder angreifen und die Polen dadurch gezwungen sein werden, Litauen in Ruhe zu lassen, sich die junge litauische Republik wird wirtschaftlich dann so betätigen können, daß in kurzer Zeit ein Aufschwung zu verzeichnen sein dürfte. An diesem Aufschwung wird und muß sich Deutschland tätigst beteiligen.

Wie schon gesagt, ist in Litauen für bolschewistische Ideen kein Raum. Der Staat geht selbst mit sozialen Reformen vor, vollzieht diese aber nicht gewaltsam und sprungweise, sondern evolutionär. Die bedeutendste Reform ist eine großzügige Agrarreform. Die großen Güter sollen allmählich geteilt werden, jedoch so, daß die Besitzer keinerlei Schaden erleiden und bei der geplanten Siedlungswirtschaft aktiv tätig sind. Die Wälder sollen Staatseigentum werden, jedoch nicht sofort, sondern erst dann, wenn der Staat so viel sachverständige Beamte herangebildet hat, daß sie die Waldungen in wirtlich sachliche Verwaltung übernehmen können. Bis dahin verbleiben die Wälder den alten Besitzern noch als Eigentum zu Verwaltung und Nutznießung. Man will keine Sozialisierungsexperimente machen, sondern aus den notwendigen Reformen den größten Nutzen für Staat und Allgemeinheit herausziehen. Ist erst die Polengefahr beseitigt, wird das Land schnell aufblühen.

•

Litauen und Sowjetrußland

× Riga, 27. November. Wie in gutinformierten diplomatischen Kreisen verlautet, wurde zwischen der Kownoer Regierung und Sowjetrußland ein Bündnisvertrag abgeschlossen.

•

Das Ende der ukrainischen Armee

✠ Hamburg, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) **Wie das „Hamburger Fremdenblatt" meldet, beträgt die Zahl der auf polnisches Gebiet übergetretenen Soldaten der ukrainischen Armee 12 000 Mann. Wenn man hierzu noch die Toten, Verwundeten und Gefangenen zählt, so kann man sagen, daß die Armee Petljuras aufgehört hat, zu bestehen.**

•

Um das Schicksal Kiews

⊕ Genf, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) „Matin" meldet aus Warschau: **Die Einnahme von Kiew durch die Bolschewisten hat für Polen eine neue militärische Lage geschaffen. Die polnische Delegation in Riga erhielt Auftrag, die Zurücknahme der roten Truppen aus der ukrainischen Hauptstadt zu fordern.**

•

Die Lage in Kleinasien

× Smyrna, 27. November. Die türkischen Nationalisten haben Inegoel, Yenischer, Sinaone und Demirdji besetzt. Die Griechen zogen sich kampflos zurück. Von geringen Ausnahmen abgesehen, wurde die Disziplin im griechischen Heere gewahrt.

Die Pläne Kemals

O. E. Hellingfors, 27. November. (Eigener Drahtbericht.) **Im Gegensatz zu den aus englischen Quellen stammenden und von uns gestern verzeichneten Meldungen über eine neuerdings eingetretene Spannung zwischen der Sowjetregierung und Kemal Pascha, fährt die Sowjetpresse fort, Berichte zu bringen, aus denen ihre sympathische Stellungnahme zu Kemal hervorgeht. Die Petersburger „Jöwestija" schreiben, daß das Ziel Kemals sei, Kars und Eriwan einzunehmen und sich einen Weg nach Tiflis zu bahnen. Kemal verfüge über eine reguläre Armee von 75 000 Mann. Außerdem unterstützen ihn viele zufällige Abteilungen, die sich aus der örtlichen muselmanischen Bevölkerung gebildet hätten. Das armenische Heer sei gering an Zahl und trage Milizcharakter. Die Armee Kemals werde von Offizieren befehligt, die während des Weltkrieges die deutsche militärische Schulung kennengelernt hätten. Kemal strebe danach, in Batum eine Basis für seine Operationen zu schaffen. Hierin seien ihm die Engländer hinderlich, die die georgische Regierung unterstützten.**

•

England und Griechenland

✠ Paris, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie der Londoner Korrespondent des „Temps" mitteilt, wird die englische Regierung es vermeiden, auf die griechische Volksabstimmung am 15. Dezember irgendwelchen Einfluß auszuüben. Die englische Regierung behält sich dagegen anderseits völlige Handelsfreiheit im Aegäischen Meer vor. Daraus geht hervor, daß die englische Regierung gegen die Wiederherstellung des Königtums keine Repressalien in Aussicht genommen hat und weiter, daß sie sich also überhaupt einer solchen Thronbesetzung, sei es König Konstantin oder der Kronprinz, nicht widersetzen werde.

•

Neuer polnischer Gewaltakt

✠ Kattowitz, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) **Wie wir soeben von zuständiger Seite erfahren, ist die Oelfabrik in Neuberun von polnischer Seite in die Luft gesprengt worden. Eine große Anzahl von Beamten der Abstimmungspolizei — man redet von 40 bis 50 Mann — sei dabei getötet worden.** Nähere Einzelheiten fehlen noch.

•

Ein polnisches Dementi

* Berlin, 27. November. Die polnische Gesandtschaft in Berlin hat dem Auswärtigen Amt folgende Mitteilung übergeben. Ein vom 13. November datierter Funkspruch aus Königswusterhausen verbreitete die Nachricht von einer angeblichen militärischen polnischen Demonstration und von einer Zusammenziehung polnischer Truppen an den der Danzig-Pomerellischen und schlesischen Grenze benachbarten Gebieten. Die polnische Gesandtschaft ist in der Lage, diese Mitteilung als nicht der Wirklichkeit entsprechend zu dementieren. Die einzigen Truppenbewegungen, die tatsächlich in diesen Gebieten stattgefunden haben und wahrscheinlich den Funkspruch veranlaßt haben, sind lediglich auf Grund eines Befehls ausgeführt worden, der die allmähliche Rückkehr der an der polnischen Front befindlichen Truppen vorsieht.

Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei

× Prag, 27. November. Die „Bohemia" meldet: **Für die Aenderung der parlamentarischen Taktik der deutschbürgerlichen Parteien ist eine Reihe von Gründen maßgebend, besonders die Erkenntnis, daß die letzten Ereignisse die Staatskrisis in ein akutes Stadium gebracht haben, indem man vor der ernsten Gefahr einer Militärdiktatur und der Gewaltherrschaft der Straßen stand, die sich zwar anfänglich gegen die Deutschen richtete, später aber eine unverkennbare Haltung gegen Regierung und Staat einschlug. Auch bei den tschechischen Parteien und an den verantwortlichen Stellen gelangte die Auffassung zum Durchbruch, daß das bisher geübte Verfahren gegen die Deutschen auf die Dauer für den Staat nicht erträglich ist.**

Das Einkommen Wilhelms II.

✠ Berlin, 27. November. Die Zahlen, die im englischen Unterhaus über das Einkommen Wilhelms II. seit Januar 1919 genannt worden sind, werden hier als unzutreffend bezeichnet. Die im Unterhaus angegebenen Summen würden sich auf 106 Millionen Franken belaufen. Die tatsächlich ausgezahlten Summen stammen aus dem Allodialfonds, und zwar wurden im Januar 1919 nicht 39 575 000 Franken, sondern 400 000 bis 500 000 M. an den Kaiser ausbezahlt, im August 1919 nicht 20 605 000 Franken, sondern 1,8 Millionen Mark nachgezahlte Schatullengelder. Im Dezember 1919 wurden ausbezahlt 10 Millionen Mark zum Ankaufe des Hauses Doorn, ferner noch 40 Millionen Mark als Erlös für die Häuser Wilhelmstraße 72 und 73, den ehemaligen Sitz des königlichen Hausministeriums, dessen Räume zur Zeit der Reichspräsident innehat. Davon wurden 7 Millionen Mark Steuern in Abzug gebracht, so daß sich die an Kaiser Wilhelm von der Regierung ausgezahlten Gelder in dem angegebenen Zeitraum auf rund 50 Millionen Mark belaufen.

•

Hoffnungsloser Zustand der Kaiserin

zg. Berlin, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) **Die letzten Nachrichten aus Schloß Doorn lassen eine langsame, aber fortschreitende Auflösung der deutschen Kaiserin als nicht mehr abwendbar erwarten.**

Französische Politik im Elsaß

Aus dem Elsaß wird uns geschrieben:

Den begeisterten Aufsätzen Poincarés über die Durchdringung des Elsaß und des Rheinlandes mit französischer Kultur, seiner Forderung, die französischen Schulen „in den wiedergewonnenen und besetzten Gebieten" auszubreiten, stehen bedenkliche Schilderungen elsäßischer Publizisten gegenüber. Wenn der Expräsident die Französierung des Elsaß ungefähr so behandelt wie eine reine „Organisationsfrage", so gerät er sogar mit dem elsässischen Zeichner und Propagandisten „Hansi" in Streit.

Hansi malte früher elsässische Typen und erwarb sich einen Ruf als Karikaturist. Während des Krieges trieb er Hetzpropaganda gegen Deutschland und spielte nach dem Waffenstillstand bei dem Einmarsche der französischen Kultur in Elsaß-Lothringen eine geräuschvolle Rolle. Der verhätschelte Hansi ist jetzt sehr traurig geworden. Er dementiert Herrn Poincarés reiche Darstellungen, er lehnt die Rheinpropaganda des Akademikers Barrès ab, und er wünscht die „offizielle französische Propaganda" zum Teufel. Seine drei Aufsätze im „Figaro" zeigen, daß die französische Verwaltung im Elsaß einen Nihgriff auf den andern häuft, eine Gewalttat auf die andre. Das gibt Hansi zu, aber er schiebt die Schuld an der verfahrenen Wirtschaft, an der Unzufriedenheit im Volke, an dem schrecklichen „Partikularismus" den „deutschen Intriganten" in die Schuhe. Er erblickt in jedem deutschgeschriebenen Blatte, das eine Kritik an den Zuständen ausübt, ein Organ der „deutschen Propaganda" und will diese Blätter beseitigen, um — man höre und staune — ein „französisches Blatt in deutscher Sprache" erstehen zu lassen, das „über den Boche die Wahrheit schreibt."

Nicht allein die angebliche deutsche Wühlarbeit im Elsaß ist es, die Hansi beseitigen will, er ist auch ehrlich genug, um einzugestehen, daß die französische Verwaltung mit ihren „viel" zuvielen Funktionären" die elsässische Bevölkerung aufreizt. Das Elsaß ist nämlich noch immer ein „Verwaltungs"gebiet. Es leidet darunter. Wann wird es vollständig zu Frankreich gehören? Diese Frage prüft Hansi nach und kommt zu dem Schlusse, daß die Elsässer größtenteils gar nicht wünschen, als Teil Frankreichs genommen zu werden. Sie warten — so meint Hansi — auf eine „andre Lösung".

•

„Die friedliche Durchdringung"

⊕ Genf, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) **Den Pariser Zeitungen zufolge werden am 1. Januar im besetzten deutschen Gebiet weitere acht französische Handelskammern errichtet.**

•

Die Bedrückung von Eupen und Malmedy

× Köln, 27. November. Nach einer Meldung der „Köln. Volksztg." müssen die deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 1. 8. 14 und vor dem 20. 9. 20 in den Kreisen Eupen und Malmedy ihren Wohnsitz genommen haben, nach dem Beschluß des belgischen Oberkommissars General Baltin innerhalb eines Monats erklären, ob sie die belgische Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Tun sie das nicht, oder wird das Gesuch der Aufnahme in den belgischen Untertanenverband abgelehnt, so müssen sie innerhalb eines Monats das Land verlassen.

•

Der Völkerbund

In der Freitagsitzung der Kommission zur Aufnahme neuer Staaten befürwortete Bundespräsident Motta als Vertreter eines benachbarten Staates die Aufnahme Oesterreichs in den Völkerbund. Bezüglich der vorarlbergischen Frage gab er die Erklärung ab, daß die Schweiz nicht daran denke, den Bestand des gegenwärtigen österreichischen Staates irgendwie zu beeinträchtigen. Der Schweiz müsse aber das Recht des vorarlbergischen Volkes, sein Selbstbestimmungsrecht, bei einer eventuellen späteren siegreichen inneren Umwälzung Oesterreichs geltend zu machen, gewahrt bleiben. Wie verlautet, hat auch das benachbarte Südslawien seine Zustimmung zur Aufnahme Oesterreichs ausgesprochen.

In der Kommission für die Abrüstungsfrage erinnerte Fock-Niederlande daran, daß die niederländische Regierung und das Parlament einer allgemeinen und gleichzeitigen Abrüstung günstig gegenüberstehen; der Krieg müsse vollständig unterdrückt werden. Vaguescu-Rumänien erklärte im Namen seiner Regierung, daß Rumänien nicht abrüsten werde, solange seine ehemaligen Feinde nicht dasselbe getan hätten. Branting-Schweden hob die unbedingte Notwendigkeit hervor, binnen kurzem die Wünsche der Bevölkerung aller Staaten nach dauerndem Frieden zu befriedigen. Er unterstützte deshalb, ebenso wie Zahle-Dänemark, den Vorschlag von Fock. Bourgeois-Frankreich betonte noch einmal, daß jede Herabsetzung der Rüstungen gleichzeitig Gerechtigkeit und Sicherheit der Staaten berücksichtigen müsse. Schließlich nahm die Kommission zwei Vorschläge an: einen von Lord Cecil, betr. Einsetzung einer Unterkommission und Beschränkung der Beratungen auf folgende drei Punkte: Private Herstellung von Waffen, Nützlichkeit der Ernennung einer besonderen Untersuchungskommission und Schaffung einer besonderen Abrüstungskommission beim Generalsekretariat des Völkerbundes; einen zweiten Antrag von Fisher-England, der den Präsidenten Branting beauftragt, die Mitglieder der Untersuchungskommission zu ernennen.

•

Die Abrüstungsfrage

⊕ Rotterdam, 27. November. (Eig. Drahtbericht.) **„Daily Expreß" meldet aus Paris: Die französische Delegation in Genf beantragte die Vertagung der Abrüstungsanträge bis zur nächsten Tagung des Völkerbundes.**

Die Umbildung des deutschen Parteiwesens

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

Auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften ist zum Ausdruck gekommen, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft noch neuern Formen politischer Betätigung sucht. Der folgende Aufsatz betrachtet die Frage in größerem Zusammenhange.

Als vor zwei Jahren das alte Deutschland den Zusammenbruch erlebte, der etwas euphemistisch als eine Revolution bezeichnet wird, mußten die Parteien, die die Hinterlassenschaft ohne die Rechtswohltat des Inventars anzutreten genötigt waren, eine schlimme Erbschaft übernehmen. Vierteljahr Jahre Raubbau hatten die deutsche Volkswirtschaft all ihrer Reserven beraubt und ihre Kräfte ausgesogen. Die den alten Staat charakterisierende Zusammenarbeit der verschiedenen Bevölkerungsklassen war auf das empfindlichste gestört, die soziale Pyramide stand — wenn dieses kühne Bild erlaubt ist — auf der Spitze. Daß sie sich nicht lange in dieser allen Gesetzen der wirtschaftlichen Statistik widersprechenden Stellung behaupten konnte, ist begreiflich, daß aber der soziale Organismus nur unter heftigen Erschütterungen wieder zu einer erträglichen Gliederung gelangen konnte, ist selbstverständlich. Dieser Prozeß, der nicht zum glücklichen Ende gelangen kann, wenn einfach die Wiederherstellung des früheren Zustandes erstrebt wird, ist heute noch nicht abgeschlossen. Am 9. November wurde aber die ungeheure moralische Krankheit sichtbar, an der das deutsche Volk litt und heute noch leidet. So standen die Erben des kaiserlichen Deutschland vor einem wirtschaftlichen Trümmerhaufen und einem geistigen Krankheitszustand, dessen Wirkungen auch ohne das Hinzutreten der ungeheuerlichen außenpolitischen Folgen des verlorenen Krieges ausgereicht hätten, um selbst ein Kollegium von genialen Staatsmännern an der Aufgabe, Ordnung in dieses Chaos zu bringen, verzweifeln zu lassen.

Die Gerechtigkeit erfordert es, immer wieder diese Schwierigkeiten zu betonen, wenn man sich ein Urteil über die Leistungen der ersten Regierungen seit dem Zusammenbruch bilden will. Man hört so häufig, daß die erste Revolutionsregierung „versagt" hätte. Das ist richtig, aber nur insoweit, als man von Versagen in rein objektivem Sinne spricht. Ein schuldhaftes, auf Unfähigkeit und schlechtem Willen beruhendes Versagen darf man, wenn man gerecht sein will, nicht behaupten, namentlich, wenn man bedenkt, daß zu allen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten noch hinzukam, daß der in Deutschland vorhandene Parteiapparat in keiner Weise mehr den Anforderungen entsprach, die die neue Situation an ihn stellte. Das deutsche Parteiwesen rief schon vor dem Kriege viele Mißstimmung in urteilsfähigen Kreisen, besonders in wirtschaftlichen, hervor; denn die wirtschaftlichen Körperschaften können nur nützliche Arbeit leisten, wenn sie ihm nachgeordnet sind. Deshalb hängt alles davon ab, ob und wie das deutsche Parteiwesen sich neu gruppiert und seine neuen Aufgaben anfaßt. Und auch hier sind die Dinge erfreulicherweise in lebhaftem Flusse begriffen.

Am deutlichsten zeigt sich dieser Parteiumbildungsprozeß beim politisch regsamsten Bestandteile des Volkes, bei den Arbeitern und ihren Klassen- und Parteivertretungen. Die linksgerichteten Arbeiter sind allerdings zunächst in einen Wirbelsturm hineingerissen worden; was aus diesem gärenden Most schließlich herausdestilliert wird, ist noch nicht abzusehen. Lediglich bei der Mehrheitssozialdemokratie sind Entwicklungslinien erkennbar. Sie wird offenbar der Sammelpunkt derjenigen Gruppen, die gewohnt sind, politische Fragen vom reinen Konsumentenstandpunkt aus zu beurteilen. Es ist ja eine merkwürdige Erscheinung, daß, obgleich der Sozialismus modernster Prägung alle Probleme als Produktionsprobleme behandelt, die Partei der Sozialisten den Fragen der Organisation der Produktion ein viel geringeres Interesse entgegenbringt als den in der Sphäre der Konsumtion wurzelnden Problemen. Preisbildung, Kosten der Lebenshaltung und Neureformen und ähnliche Fragen behandelt die Mehrheitssozialdemokratie von diesen Gesichtspunkten aus; sie gewinnt daher in immer stärkerem Maße an Anziehungskraft für das große Heer der Beamten aller Grade, der Festbesoldeten, des sogenannten neuen Mittelstandes, deren Interesse vor allem durch Fragen der Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsertrages in Anspruch genommen wird. Die Mehrheitssozialdemokratie ist auf dem besten Wege, die ausgesprochenste Beamtenpartei zu werden. Wie sich die ihr ja noch immer in großem Maße Gefolgschaft leistenden Arbeiter dazu stellen werden, ist noch ungeklärt, es ist aber kaum zu erwarten, daß dieses Ueberwiegen der Konsumenteninteressen auf die Dauer die Arbeiter befriedigen könnte, namentlich in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Organisationsfragen in so ausgesprochenem Maße zu den Grundfragen der Wirtschaftspolitik geworden sind, wie das heute der Fall ist.

In diesem Zusammenhang verdienen die Vorgänge große Beachtung, die sich am 21. November in Essen auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften abgespielt haben. Es ist schon längere Zeit bekannt, daß die christlich-nationale Arbeiterschaft nach Formen und politischen Betätigungsmöglichkeiten sucht, die dem Bedürfnis der Zeit und der leitenden Personen in stärkerem Maße gerecht werden als ihre gegenwärtigen Wirkungsmöglichkeiten. In dem preußischen Wohlfahrtsminister Stegerwald haben die christlichen Arbeiter einen Führer, der vielleicht der staatsmännischste Kopf unter den deutschen Arbeitern aller Richtungen ist. Seine Staatsphilosophie, die er schon während des Krieges in Wort und Schrift häufig vertrat, sucht die christlich-nationale Arbeiterschaft mit andern Bestandteilen des Volkes von gleichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen